



Aus Anlaß der Sitzung des Ortsbeirates Kastel am 12.03.2019 informiert der CDU-Stadtbezirksverband Kastel mit dieser Pressemitteilung über seinen Standpunkt zur Ansiedlung eines Gymnasiums in Kastel.

Mit Sitzungsvorlage 19-V-03-0001 („Neue Gymnasien in Wiesbaden“) wurde dem Ortsbeirat Kastel durch die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Maßnahme zur Beratung weitergeleitet, die die Umsetzung der jüngsten Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplans 2018 der Stadt Wiesbaden zum Ziel hat.

Als Teilaspekt des beschlossenen Schulentwicklungsplans geht es hier um die Neuerrichtung zweier Gymnasien, davon eines sofort, ein zweites im zeitlichen Nachlauf von mehreren Jahren.

Als mögliche Standorte werden in der Sitzungsvorlage Dotzheim und Kastel benannt. Bis Ende Juni 2019 soll eine Entscheidung getroffen werden, an welchem Standort zunächst ein neues Gymnasium errichtet wird und welcher ggfs. nachrangig bedacht werden soll.

Der Ortsbeirat Kastel hat die oben genannte Sitzungsvorlage in seiner Sitzung vom 13.03.2019 mit den Stimmen der Mandatsträger von SPD und AUF mehrheitlich abgelehnt und zusätzlich einen Antrag verabschiedet, der die Zurückstellung eines Gymnasiums in Kastel einfordert, um der Generalsanierung der Wilhelm-Leuschner-Schule (Integrierte Gesamtschule) in Kostheim Vorrang zu geben.

Erst nach deren Realisierung und der Wiedereinführung der dortigen gymnasialen Oberstufe solle die Neuerrichtung eines Gymnasiums in Kastel weiter verfolgt werden dürfen. Der CDU-Stadtbezirksverband Kastel stellt sich klar und eindeutig gegen die Position von SPD und AUF in dieser Frage; dies wurde während der Sitzung durch die CDU-Mandatsträger Ralf Allmannsdörfer, André Weck und Gunnar Heuckeroth deutlich betont:

Pro Jahrgang wechseln in AKK ca. 150 Kinder auf Gymnasien. Bis vor ca. 10 Jahren gab es

einen großen Run auf die Mainzer Gymnasien, ein Teil dieser Schüler wechselte auch auf Wiesbadener Gymnasien. Seit die Aufnahme hessischer Schüler durch staatliche Mainzer Gymnasien stark reglementiert wurde, verlagert sich der Wechsel zur weiterführenden Schule anteilig auf Mainzer Gymnasien, hauptsächlich in privater Trägerschaft, und stärker auf Gymnasien in der Wiesbadener Innenstadt.

Der ausgeprägte Wunsch vieler Eltern aus AKK, ihre Kinder in der Schulform des Gymnasiums beschulen zu lassen und dafür weite Wege (lange Busfahrt nach Wiesbaden) und Hindernisse auf sich zu nehmen (z.B. beim Versuch, trotz der Widrigkeiten eine Aufnahme in Mainz zu erreichen), ist seit Jahrzehnten erkennbar, existierte bereits zu Zeiten, als die Wilhelm-Leuschner-Schule noch über eine gymnasiale Oberstufe verfügte, und stellt eine Abstimmung von Kindern und Eltern „mit den Füßen“ dar.

Dieses Wahlverhalten von Eltern und Kindern bedeutet, aus Sicht der CDU, keinerlei Einschränkung der Daseinsberechtigung anderer Schulformen. Die CDU Kastel setzt sich seit vielen Jahren für die Unterstützung, Stärkung und Ausbau der Grundschulen in AKK ein, hat sich in der Vergangenheit vehement für Generalsanierung oder, derzeit stattfindenden, Neubau der Albert-Schweitzer-Schule verwendet und unterstützt seit Jahrzehnten die einzige weiterführende Schule AKKs, die Wilhelm-Leuschner-Schule.

Dort sind die Pavillons in die Jahre gekommen, Mensa und sonstige bauliche Anlagen entsprechen schon lange nicht mehr den Erfordernissen. Eine Generalsanierung ist unumgänglich. Und sollten die Voraussetzungen gemäß hessischem Schulgesetz zur Wiedereinführung der gymnasialen Oberstufe erfüllt sein, unterstützt die CDU Kastel auch diese Maßnahme ausdrücklich.

Nun aber Sanierung und Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule in einer Art Gegenrechnung gegen die Neuerrichtung eines Gymnasiums in Kastel ins Feld zu führen, wie es die sozialdemokratische und linke Mehrheit im Ortsbeirat in oben genannter Sitzung getan hat, schreit zum Himmel und stellt sich gegen die Bedürfnisse großer Teile der AKK-Bevölkerung.

Die vielleicht historische Chance, das seit Jahrzehnten geforderte und mehrfach zugesagte neue Gymnasium endlich an die Rheinschiene zu bekommen, ist damit blockiert, unter Umständen auf Jahre und vielleicht für immer vertan. Die Triebfeder der ablehnenden Fraktionen besteht im beschützerischen Instinkt für eine bestehende Schule, als Selbstzweck.

Die Intention der CDU besteht hingegen darin, Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Wie der Fraktionssprecher der CDU, Ralf Allmannsdörfer, während der Sitzung formuliert hat, ist es kein Zeichen gärtnerischer Größe und Erfolgs, ein Pflänzchen gar nicht erst einzupflanzen, um ein anderes zu schützen.

Der erfolgreiche Gärtner würde beide Pflanzen hegen, gießen und düngen, um beide gedeihen zu lassen. Der Ignorant hingegen handelt so, wie SPD und AUF gehandelt haben. Mit der Schaffung einer kausalen Bedingung und zeitlichen Abhängigkeit der ortsnahen Neueinrichtung eines Gymnasiums von baulichen und organisatorischen Maßnahmen an der Wilhelm-Leuschner-Schule (Letztere liegen nicht einmal in den kommunalen Händen der Stadt, sondern hängen von Landesvorgaben und –beurteilungen ab) versucht man, die Landeshauptstadt Wiesbaden zu erpressen, auf dem Rücken der Kinder und Eltern in AKK.

Und dies nebenbei sogar gegen den Schuldezernenten aus der eigenen politischen Gruppierung.... Die CDU Kastel spricht sich eindeutig für ein „Sowohl-als-auch“ aus. Die Generalsanierung der Wilhelm-Leuschner muß erfolgen. Ebenso muß das neue Gymnasium nach Kastel geholt werden.

Die Errichtung künstlicher Hürden gegen eine Komplettierung des ortsnahen Bildungsangebotes ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Die CDU Kastel setzt sich trotz oder gerade wegen des nahezu skandalösen Antrags und Abstimmungsverhaltens anderer Fraktionen weiter dafür ein, die Entscheidung zur zeitnahen Einrichtung eines Gymnasiums in Kastel im Wiesbadener Rathaus herbeizuführen, verbunden mit der geplanten 4-Feld-Sporthalle, Mensa, Schulkinderbetreuung etc.

Die, auch nach Auskunft des bei der Sitzung anwesenden Schuldezernenten, auf Jahre anzulegende und mit dem Schulbetrieb in Einklang zu bringende Sanierung der Wilhelm-Leuschner-Schule darf, bei aller wohlwollenden Geneigtheit zugunsten der Integrierten Gesamtschule, keine Entscheidung für den Bau dieses Gymnasiums in Kastel blockieren. Im Interesse der AKK-Bevölkerung, der wir uns als lokale Mandats- und Funktionsträger verpflichtet fühlen.